

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

57. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Februar 2007, 10:35 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Thomas Stritzl (CDU)	in Vertretung von Peter Sönnichsen
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	in Vertretung von Anna Schlosser-Keichel
Wolfgang Kubicki (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Neuordnung des Bundes- und Landesbaus in Schleswig-Holstein Bericht über die Einrichtung des Amtes für Bundesbau beim Finanzministerium (AfB) zum 1. April 2007 und die Verlängerung des Verwaltungsabkommens mit dem Bund	4
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1712	
2. Software für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht	5
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/1743	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1154	
4. Vergabe Netz Ost	7
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/1764	
5. Information/Kennntnisnahme	8
6. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Neuordnung des Bundes- und Landesbaus in Schleswig-Holstein
Bericht über die Einrichtung des Amtes für Bundesbau beim Finanzministerium (AfB) zum 1. April 2007 und die Verlängerung des Verwaltungsabkommens mit dem Bund**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1712

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt St Dr. Wulff mit, Voraussetzung für die Fortführung des Bundesbaus durch die GMSH sei für den Bund, dass die Fachaufsicht durch das Amt für Bundesbau außerhalb der GMSH beim Finanzministerium angesiedelt werde. Während der Landesbau weiter stagniere, werde der Bundesbau, der ungefähr die Hälfte des Bauvolumens im Lande ausmache, in den nächsten Jahren um etwa 30 % zunehmen. Die Stellenzahl beim AfB werde um drei echte Vollstellen reduziert.

Herr Klindt teilt ergänzend mit, die verbleibenden 22,8 Vollkräfte seien mit den Aufgaben der reinen Fachaufsicht und der Steuerung des Bundesbaus befasst. Das AfB werde möglicherweise im Karolinenweg untergebracht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Finanzministeriums, Umdruck 16/1712, zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Software für Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und Führungsaufsicht

Antrag der Fraktion der FDP

Umdruck 16/1743

Auf Fragen von Abg. Kubicki erwidert AL Sandmann, das Justizministerium habe nach einem intensiven Diskussionsprozess mit allen Beteiligten die Entscheidung getroffen, das System SoPart anzuschaffen, das bereits in Nordrhein-Westfalen und Hessen erfolgreich laufe und möglicherweise auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin eingeführt werde. Man habe eine beschränkte Ausschreibung vorgenommen und sich die beiden Systeme SDJ und SoPart vorführen lassen. Bei der Bewertung nach einem vorher festgelegten Kriterienkatalog habe SoPart 68 von 100 möglichen Punkten, SDJ 61 Punkte erreicht. Obwohl das System SoPart gegenüber dem System SDJ mit Mehrkosten von 130.000 € jährlich zu Buche schlage, hätten die Kriterien der fachlichen Anwendung für das System SoPart den Ausschlag gegeben.

Abg. Kubicki stellt fest, dass das vom Justizministerium favorisierte System während der fünfjährigen Vertragslaufzeit Mehrkosten von 800.000 € verursache und sich große Teile der Betroffenen sowie die Bundesländer Hamburg, Bremen und Niedersachsen gegen die Einführung von SoPart aussprächen.

AL Sandmann verweist noch einmal auf die Beteiligung der Betroffenen und begründet die Entscheidung des Justizministeriums mit Vorteilen bei der fachlichen Anwendung.

St Dr. Wulff sagt zu, die Frage zu prüfen, inwieweit das Finanzministerium an dem Vorgang beteiligt gewesen sei; die Haushaltsabteilung des Finanzministeriums sei nicht beteiligt worden.

Auf Anregung von Abg. Heinold bittet der Finanzausschuss das Finanzministerium um eine schriftliche Stellungnahme und einen Kostenvergleich beider Systeme.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1154

(überwiesen am 26. Januar 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss; Befassung des Finanzausschusses im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)

hierzu: Umdrucke 16/1736, 16/1737, 16/1747, 16/1748

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt die Landeswahlleiterin, Frau Söller-Winkler, mit, die für die Wählerinnen und Wähler portofreie Briefwahl koste die Kommunen pro Kommunalwahl, Landtagswahl oder Volksentscheid rund 100.000 €. Auch auf Bundesebene werde die Streichung der portofreien Briefwahlbeförderung vor dem Hintergrund der Abschaffung des Postbeförderungsmonopols erwogen.

Der Finanzausschuss will sich im Rahmen des Selbstbefassungsrechts auf der Grundlage der vom Innen- und Rechtsausschuss angeforderten Stellungnahmen weiter mit der Frage der Portofreiheit der Briefwahlen beschäftigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vergabe Netz Ost

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/1764

Im Hinblick auf die anstehende Entscheidung zur Vergabe des Betriebs des Schienenpersonennahverkehrs auf dem Netz Ost im Frühjahr 2007 erwartet der Finanzausschuss eine rechtzeitige, umfassende und transparente Vorlage des Wirtschaftsministeriums im Sinne des Antrages der FDP-Fraktion, Umdruck 16/1764.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/1709 - Aufgabenwahrnehmung kleiner Polizeistationen

Umdruck 16/1710 - Schleswig-Holstein-Fonds

Umdruck 16/1711 - Geologische Dienste

Umdruck 16/1753 - Weiterleitung der Nettoentlastung des Landes an die Kreise

Umdruck 16/1760 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2006

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Vorlagen zur Kenntnis.

P Dr. Altmann kritisiert die Vorlage des Innenministeriums zur **Aufgabenwahrnehmung kleiner Polizeistationen**, Umdruck 16/1709, und mahnt unter Hinweis auf den einstimmigen Beschluss des Landtages Drucksache 16/994 an, ein- und zweimännige Polizeistationen möglichst bald abzuschaffen.

Der Finanzausschuss vereinbart, die Thematik im Zuge der Beratungen über die diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs in der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ weiter zu erörtern.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf Bitten der Abgeordneten Heinold und Spoorendonk beschließt der Ausschuss, das Thema Finanzierung zusätzlicher Mittel für den Küstenschutz auf die Tagesordnung der nächsten Finanzausschusssitzung, am 1. März 2007, zu setzen und den Umweltminister um eine Stellungnahme zu bitten (vgl. Kleine Anfrage Drucksache 16/1203).

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer